

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn beträgt 600.- Mk. bei Selbstabholung; 640.- Mk. - Preis der Einzelnummer 2.- Mk. - Telefon für Kontor und Expedition: Nr. 22721 und Nr. 24506
Postcheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13893. - Berlin in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 - Telephon 24506

Inseratenpreise: Die 10 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 80.- Mk., bei Platzvorkauf 100.- Mk.; Familiennachrichten, die 10 gespaltene Zeile 40.- Mk., Reklame-Kolonelle 400.- Mk. Telefon für die Inseraten-Abteilung 22721
Schluss der Inseraten-Aufnahme für die tägliche Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Woche der Entscheidung.

Die Dokumente des habsburgischen Generalstabschefs.

Von Paul Lange.

Vorberatungen über den Reparationsplan.

Berlin, 27. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Die Verhandlungen der Regierung mit der Industrie und mit Bankleuten werden Donnerstag wieder beginnen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß ein positiver Vorschlag zur Lösung der Reparationsfrage, der in Paris unterbreitet werden soll, bis Sonntag fertig sein wird.

Ueber die bisherigen Verhandlungen der Reichsregierung mit der „Industrie“ ist nichts Aufsehenhaftes bekannt geworden. Die volksparteiliche Zeit, das Organ Stresemanns, und des Reichswirtschaftsministers Dr. Becker spricht in ihrer letzten Ausgabe vor den Weihnachtsfeiertagen von einer „Einigung zwischen Regierung und Wirtschaft.“ Sie erklärt, daß die Industrie bereit sei, Opfer zu bringen. Ueber die Art der Opfer schweigt freilich das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei und auch über die „Einigung“ bleiben noch mancherlei Zweifel übrig. Es scheint, als wenn sich die weiterverarbeitende Industrie dem in der Note vom 18. November vorgeschlagenen Plan einer Zwischenschaltung angeschlossen habe, während die Schwerindustrie, die von der Einfuhr ausländischer Rohprodukte unabhängig ist, eigenständig auf einer endgültigen Lösung des Reparationsproblems beharrt. Der Fertigungsindustrie brennt bereits das Feuer gehörig unter den Fingern, da durch den Rückgang des Dollarkurses die Absatzmöglichkeiten im Ausland dauernd schwieriger werden, um so mehr wenn die einzufließenden Rohstoffe dauernd weiterhin unter dem Druck steigender Devisen stehen.

Die wichtigste Frage, die scheinbar der Lösung noch entgegenharrt, ist die der Garantien, die die deutsche Regierung für die Ausführung ihrer Pläne zu stellen hat. Die Garantien werden die Kardinalfrage bilden, um die sich die entscheidenden Verhandlungen in Paris drehen werden. Vermag die deutsche Regierung in dieser Hinsicht befriedigende Vorschläge zu machen, dann wird man sich über die Höhe der Reparationen zweifellos verständigen. Die Garantien aber können nur geleistet werden, wenn die Schwerindustrie zu entsprechenden Opfern bereit erscheint. Garantien, die aus den bisherigen Einnahmequellen der Regierung geschaffen werden, müssen nur das finanzielle Chaos vergrößern, da etwa der Ausfall der Zolleinnahmen notwendigerweise durch Ausbringung anderer Mittel wettgemacht werden müßte. Dann müßte erneut der Kampf um die Verteilung der Lasten entbrennen, und die Arbeiterklasse würde unter den jetzigen Machtverhältnissen zweifellos erneut der Leidtragende sein.

Befürchtungen in England.

Berlin, 27. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Einige englische Blätter sind über die Möglichkeit beunruhigt, daß die Konferenz vom 2. Januar stattfinden könne ohne eine vorhergehende Verständigung zwischen Frankreich und England und ohne weitere Beratungen. Die Londoner Zeitungen wiesen außerdem darauf hin, daß Poincaré in seiner letzten Senatssprache den Gedanken einer neuen Bankierkonferenz absolut abgelehnt hat. Die Times heben besonders den Satz aus der Rede Poincarés hervor, in dem er sagt, daß einer der Alliierten sich die Freiheit des Handels vorbehalten und sie anwenden würde, ohne daß sie einen Bruch der Entente mit sich bringe. In dieser ernsthaft abgegebenen Erklärung müsse man eine Doktrin sehen, die zu ernsthaften Mißverständnissen führen könne. Man müsse darauf achten, daß sie nicht dazu veranlaßt werde, ein Kartell zu reorganisieren, das ein Teil der Alliierten als verwerflich und gefährlich betrachte.

Leon Blum gegen Poincarés Pfänder.

Paris, 26. Dezember. Der sozialistische Abgeordnete Leon Blum schreibt im Populaire unter Hinweis auf die von Poincaré am Sonntag abgeschaltene interministerielle Konferenz, Poincarés produktive Pfänder würden, das könne ihm Finanzminister de Laquezie beweisen, nicht nur nichts einbringen, sondern Frankreich mit neuen Lasten beschweren. Aber die Gewinnaufgaben seien das geringste Uebel. Wenn man vor der Pariser Konferenz aufs neue mit einem derartigen Programm herauskäme und wenn man behaupte, man wolle vor allen Dingen Einverständnis unter den Alliierten erzielen, dann sei das ein unbegreiflicher Irrtum. Es sei kein Verdienst, vorauszusetzen, daß Poincaré in Paris wie in London bei der englischen Regierung auf einen hartnäckigen Widerstand stoßen werde. Wir würden, so fährt Blum fort, uns wenig um diesen Widerstand kümmern, wenn er nicht der Ausdruck der Aufsehnung und des Betros des Weltgewissens sein würde. So peinlich auch diese Wahrheit ist, man muß sie ungeschönt aussprechen. Wenn wir von produktiven Pfändern reden, glaubt niemand in der Welt an unsern guten Willen. Man weiß zu gut, daß wie kein bares Geld aus dem Ruhrgebiet und den Rheinländern ziehen können. Man erinnert sich nur zu genau solcher Dokumente wie des Berichts Darlac's. In diesem Plan sieht man eine Hetz-Gewaltmaßnahme gegen einen zahlungsunfähigen Schuldner oder, was noch ernster ist, den Ausgangspunkt einer langfristigen Politik, die die sogenannten Zerstörer von Versailles wieder gut machen und das Ruhrgebiet und das linke Rheinufer von Deutschland loszureißen solle. Darlac vertrete unter der Autonomie des linken Rheinufers eine Autonomie unter dem militärischen und wirtschaftlichen Protektorat Frankreichs und Belgiens, und so erkläre sich die allgemeine Erregung der öffentlichen Meinung in Europa und in Amerika. Blum befürchtet, man werde, wenn man bei dieser Absicht verharre,

Die französischen Kommunisten gegen die Besetzung des Ruhrgebiets.

Paris, 27. Dezember. (TU.) Die Humanité veröffentlicht einen Aufruf der französischen Kommunistenpartei gegen den Plan der Besetzung des Ruhrgebiets, in dem es u. a. heißt:

Die französische Bourgeoisie will mit dieser Besetzung Deutschlands zum Zuhilfenahme warten ja nur auf eine Gelegenheit, ihre Hand auf die Ruhrkohle zu legen. Diese Kohle ist ihnen wertvoll, um die notwendigen Erze billig zu verarbeiten und um die Metallvorräte Frankreichs in Europa zu errichten. Die Industriellen Englands fühlen sich durch diese Absicht bedroht und widersetzen sich daher der Ruhrbesetzung. Das ist der Kampf zwischen den englischen und französischen Industriellen, die gleichzeitig auch beide ihren Einfluß im Orient ausdehnen wollen. Die Besetzung des Ruhrgebiets durch die französische Armee ist eine dauernde Drohung. Eine solche Besetzung würde einen weiteren Sturz der Mark und damit eine wesentliche Verschlechterung der Lebensverhältnisse in Deutschland hervorrufen, die auch nicht durch eine Erhöhung der Löhne wettgemacht werden kann. Außerdem würde eine solche Entwicklung in Deutschland auch die Kapitalisten der nichtdeutschen Länder in ihrer arbeitserföndlichen Haltung stärken. Die Besetzung des Ruhrgebiets kann auch die nationalistische Bewegung in Deutschland verstärken und damit die Gefahr eines neuen Krieges heraufbeschwören. Wenn die deutsche Regierung gezwungen werde, dem Druck Frankreichs nachzugeben, wird Deutschland zu einer Revolution gedrängt. Wenn Deutschland diese übersteht, so wird dies zu einem neuen Krieg führen. Der Aufruf schließt mit einer Aufforderung an die französische Arbeiterklasse, sich diesem Plan der französischen Regierung zu widersetzen und dafür zu sorgen, daß die internationalisierte Konferenz in Paris mit der Gefahr eines gemeinsamen deutsch-französischen Generalstreiks verhandelt müsse. Diese Drohung müsse dauernd gegen den gemeinsamen Feind, den internationalen Kapitalismus, gerichtet sein.

Sichisforderungen Frankreichs abgelehnt.

Berlin, 23. Dezember. (WTB.) Zu Anfang dieser Woche wurden im Reichsministerium für Wiederaufbau Verhandlungen über die Stillstellung von Frankreich geführt. An den Besprechungen nahmen Sachverständige beider Länder teil. Die französische Forderung, die sich auf eine Menge von 80 000 T. reinem Eisenerz über Reparationskonto zu liefern sei, erstreckte, wurde von der deutschen Regierung mit der Begründung abgelehnt, daß die deutsche Produktion bei weitem nicht zur Deckung des eigenen Inlandsbedarfs ausreiche. Auch über einen von der französischen Regierung vorgelegten Kompromißvorschlag konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Voraussichtlich werden in nächster Zeit Verhandlungen zwischen deutschen und französischen Düngeinteressen einsehen, um zu prüfen, ob ein Ausgleich zwischen der deutschen und der französischen Düngemittelwirtschaft möglich ist.

Die Pläne einer Weltkonferenz.

Berlin, 27. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Die Times veröffentlichten den Antrag des Amerikaners Borah auf Einberufung einer Weltkonferenz. Er lautet:

Der Präsident ist dazu ermächtigt und wird gebeten, diejenigen Regierungen einzuladen, deren Mitarbeit er für notwendig oder nützlich hält und Delegierte zu entsenden zu einer Konferenz, die den Auftrag haben würde, die jetzt in der Welt bestehenden wirtschaftlichen Probleme zu prüfen und zu einer Uebereinkunft zu gelangen, die für die Wiederbelebung des Handels, einer gesunden Finanzverwaltung und die Rückkehr zu normalen Geschäftsleben notwendig macht. Diese Konferenz könnte auch die Frage einer weiteren Ueberprüfung prüfen, um sowohl über die Bewaffnung zu Lande wie auch die zur See zu einem Uebereinkommen zu gelangen, besonders was den Bau von Kriegsschiffen und Tauchbooten von über 10 000 Tonnen oder weniger und von Militärflugzeugen betrifft.

Borah erklärt, daß die 11 Milliarden, die Europa an Amerika schulde, nicht zurückgezahlt werden könnten und verloren seien, wenn Amerika nicht in der Reparationsfrage interveniere. New York Herald sagt, daß Präsident Harding die Forderung Poincarés nicht billige. Er fürchte, daß eine Weltkonferenz das Durch-einander in Europa nur noch verstärken werde.

Die wirtschaftliche Abhängigkeit Amerikas von Europa.

Paris, 25. Dezember. Der Berichterstatter des Petit Parisien reißt aus Washington, nach dem Vorschlage von Barnes, dem Vorsitzenden der amerikanischen Handelskammern, zugunsten einer Untersuchung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands auf Grund amerikanischer Initiation, habe der Direktor des Verwaltungsrates der National Association of Credit, Men. Tregoe, der in ständiger Fühlung mit dem amerikanischen Mittelstand sei, Erklärungen abgegeben. Tregoe bestätigte, daß keine wirtschaftliche Prosperität in Amerika aufkommen könne, solange die wirtschaftliche Lage Europas nicht geregelt sei. Diese Rundgebung sei in Verbindung mit der früher erfolgten bedeutungsvollen. Die Farmer wüßten jetzt, daß der Getreidepreis viel eher in London als in Chicago festgesetzt werde, und die Fabrikanten und Bankiers kämen zu dem Schluß, daß die Wirtschaftslage Amerikas nicht von der europäischen Lage getrennt werden könne. Es habe sich eben etwas geändert, und dieses Etwas sei die Denkwaise des amerikanischen Volkes, das einen ständigen Druck im Sinne der Intervention ausüben werde. Borahs Amendement, betreffend Einberufung einer Weltkonferenz der Westmächte, sei das herausragendste Beispiel dafür, daß gewisse Senatoren ihre Meinung geändert hätten.

Vormittags 10 Uhr: 1 Dollar = 7200 Mk.

Es vergeht kein Tag, ohne daß in der nationalistischen Presse Aufsätze erscheinen oder daß Broschüren und Bücher herausgegeben werden, durch die die Unschuld Wilhelm II. und seiner Kumpane am Weltkrieg dargetan werden soll. Die monarchistische Propaganda übersteht aber dabei geslistentlich die wichtigste Dokumentensammlung, die neben den Rautskylten über diese Frage erschienen ist. Der Herausgeber dieser anderen Sammlung ist der ehemalige habsburgische Generalstabschef, Feldmarschall Freiherr Conrad von Högenborn. In zwei Bänden „Aus meiner Dienstzeit“, die im Nikola-Verlag, Wien und München, erschienen sind, druckt er Hunderte von Dokumenten ab, die sehr wichtig sind, aber gerade deswegen von den berufsmäßigen bürgerlichen deutschen Historikern und Journalisten totgeschwiegen werden.

Freiherr Conrad schildert die innerpolitischen Zustände der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie, die ein „lockerer Bau“ gewesen sei, der „nur mehr durch die Armeezusammengehalten worden“ ist. Unter den dieses lockere Staatswesen zerstörenden Kräften nennt er auch die Alldeutschen und Deutschnationalen, die nicht begreifen konnten und nicht damit rechnen wollten, daß Oesterreich in der Mehrheit seiner Bevölkerung slawisch war. Auch die kurzfristige deutsch-nationale „Los-von-Rom-Bewegung“ war geeignet, den deutschen Einfluß in Oesterreich erst recht zu schwächen. Im November 1906 wurde Conrad auf Betreiben des Thronfolgers Franz Ferdinand zum Chef des österreichisch-ungarischen Generalstabs ernannt. Die beiden bisher von ihm herausgegebenen Bände sind dem Nachweis gewidmet, daß er von 1906 ab alle Kräfte aufboten hat, es möglichst bald zum Kriege Oesterreich-Ungarns gegen Italien und Serbien zu treiben. Das war nach seiner Ansicht das einzige Mittel, Oesterreich-Ungarn (d. h. das monarchistische Staatswesen) lebensfähiger zu machen. Zunächst kam es ihm darauf an, die beiden Reiche Oesterreich und Ungarn zu verwickeln, d. h. die Selbständigkeit Ungarns zu beseitigen. Zu diesem Zwecke befürwortete er in einer Denkschrift vom April 1907 den Krieg gegen Italien. Er argumentierte, wenn das Militär, d. h. seine Führerschaft, nach einem siegreichen Kriege die Macht unumschränkt in der Hand habe, werde es schon mit der selbständigen ungarischen Regierung fertig werden. Die kaiserlich österreichische und die königlich ungarische Regierung hegten gegen den Krieg indes mancherlei Bedenken. Im November 1907 hatte Conrad eine Besprechung mit dem österreichisch-ungarischen Minister des Aeußeren Grafen Aehrenthal, über die er folgendes Resumee gibt:

„In Bosnien und Herzegowina rasch und energisch Ordnung machen, damit man alle Freiheit gegen Italien behalte, Kriegsvorbereitungen gegen Italien eifrig betreiben, Vorkehrungen für Konflikt am Balkan treffen. Ich hatte den Eindruck, daß sich Aehrenthal doch innerlich sehr stark mit dem von mir geplanten Kriege gegen Italien befähigt habe; ein Beweis dafür war mir, daß er oft darauf zurückkam und beweisen wollte, daß es doch gut gewesen sei, daß der Krieg nicht geführt wurde.“

Am nächsten Tage schrieb Freiherr Conrad wieder an Aehrenthal, „das dringendste“ sei die Annexion Bosniens und der Herzegowina, die ja noch unter türkischer Oberhoheit standen, aber von Oesterreich-Ungarn verwaltet wurden. Am 1. Dezember 1907 einigte sich eine Konferenz der österreichischen und der ungarischen sowie der gemeinsamen österreichisch-ungarischen Minister, daß Bosnien und Herzegowina als gemeinsamer Besitz von Oesterreich und Ungarn annektiert werden sollten. Knapp drei Wochen später wünschte Freiherr Conrad in einem Schreiben an Aehrenthal, mit Italien „abgerechnet“ zu haben, noch bevor man an eine gründliche Lösung der Balkanfrage durch Annexion Bosniens nebst der Herzegowina und Serbiens herangehe (Bd. 1, S. 531).

Am 5. Oktober 1908 wagte man die formelle Annexion Bosniens und der Herzegowina, da „Rußland jetzt kaum in der Lage sei, einen großen europäischen Krieg zu führen“ (Bd. 1, S. 106). Das war aber nur ein Schritt auf dem Wege, den Oesterreich-Ungarn zu gehen beabsichtigte. Baron Aehrenthal hatte nämlich schon in einer Ministerratsitzung vom 19. August 1908 erklärt: „Begünstigen wir die Schaffung eines Großbulgariums auf Kosten Serbiens, so ist die notwendige Vorbereitung getroffen, um in einem Moment günstiger europäischer Konstellation die Hand auf das noch übrige Serbien legen zu können“ (Bd. 1, S. 138).

Nun teilte sich die politische Macht Oesterreich-Ungarns nicht nur in eine österreichische und in eine ungarische, sondern daneben auch in eine kaiserlich-zivile und in eine thronfolger-militärische Hälfte. Die letztgenannte umfaßte die eigentlichen Kriegstreiber. Freiherr Conrad bekennt (Bd. 2, S. 315) als Generalstabschef:

„Ich habe auch stets die Fragen der äußeren Politik in meinen Pflichtenkreis gezogen und schon damals (im Herbst 1906) meine Ansicht dahin präzisiert, daß die Lösung des Balkanproblems die wichtigste Frage für die Monarchie ist. In diesem Sinne habe ich die Annexion Bosniens und Herzegowinas, sowie